

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, Dr. Götz Frömming, Marc Bernhard, René Bochmann, Marcus Bühl, Thomas Dietz, Dr. Michael Ependiller, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Kay Gottschalk, Mariana Iris Harder-Kühnel, Nicole Höchst, Dr. Malte Kaufmann, Barbara Lenk, Mike Moncsek, Tobias Matthias Peterka, Ulrike Schielke-Ziesing, René Springer und der Fraktion der AfD**

### **Jetzt Konsequenzen aus dem Antisemitismus-Skandal auf der documenta ziehen – Förderung des Postkolonialismus umgehend einstellen**

Der Bundestag wolle beschließen:

**I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Die Vorgänge auf der Kasseler Kunstaussstellung documenta, die einige Künstler als Forum für antisemitische Propaganda benutzt haben, sind eine untragbare Zumutung für alle Juden in Deutschland und in der Welt und stellen einen beispiellosen politischen Skandal in der Geschichte der documenta dar. Auf einem Banner des indonesischen Künstlerkollektivs Taring Padi, das auf dem Platz vor dem Museum Fridericianum in Kassel aufgehängt wurde, waren eindeutige antisemitische Karikaturen zu sehen, ohne dass das ebenfalls indonesische Kuratorenkollektiv Ruangrupa oder die Direktorin der „documenta fifteen“, Frau Schormann, einen Anlass sahen, einzuschreiten. Auch Kulturstatsministerin Claudia Roth meldete sich erst kritisch zu Wort, als der öffentliche Druck übermächtig geworden war. Diese Grenzüberschreitungen beschädigen nicht nur den internationalen Ruf der alle fünf Jahre stattfindenden documenta, sondern darüber hinaus auch das Ansehen Deutschlands in der Welt. Umso wichtiger sind jetzt eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge und entsprechende Konsequenzen im Hinblick auf die Verantwortlichen.

Dass einige der teilnehmenden Künstler die documenta für antijüdische Agitation missbrauchen könnten, war absehbar. Seit Monaten wurde in den Medien, aber auch seitens des Bündnisses gegen Antisemitismus Kassel (BGA), auf die Nähe einiger Mitglieder des indonesischen Kuratorenkollektivs zur antiisraelischen Boykottbewegung BDS hingewiesen.<sup>1</sup> Das BGA hatte überdies bereits im Januar 2022 darauf aufmerksam gemacht, dass sich auch in der Findungskommission für die Auswahl der künstlerischen Leitung der documenta BDS-Sympathisanten befänden.<sup>2</sup> Es dürfte deshalb

---

<sup>1</sup> Siehe <https://bgakasselblog.wordpress.com/2022/01/07/documenta-fifteen-antizionismus-und-antisemitismus-im-lumbung/>; letzter Zugriff: 28. Juni 2022.

<sup>2</sup> Ebd.

auch kein Zufall sein, dass kein einziger israelischer Künstler auf die documenta eingeladen wurde.<sup>3</sup>

Die documenta-Leitung verließ sich, obwohl sie es besser hätte wissen können, auf die Zusicherung von Ruangrupa, dem künstlerischen Team und der Künstler, dass es auf der documenta „keinen Raum für Antisemitismus geben“<sup>4</sup> werde. Man muss sich aber fragen, welchen Begriff von Antisemitismus sowohl Ruangrupa als auch die Künstler haben, wenn Karikaturen nach Art des NS-Blattes „Der Stürmer“ für sie offenbar nicht darunter fallen. So erklärte die Generaldirektorin der documenta, das „Problem“ sei, „dass es aus ihrer Sicht [gemeint ist Ruangrupa] keiner ist“<sup>5</sup>. Aufgrund angeblicher „unterschiedlicher kultureller Erfahrungsräume“ sei ihnen „zu spät aufgefallen“, dass solche Motive – sprich antisemitisch aufgeladene Karikaturen, wie sie auf dem Banner von Taring Padi zu sehen waren – in Deutschland „absolut inakzeptabel“ seien. Die Antragsteller halten demgegenüber fest, dass diese Formen von Antisemitismus nicht nur in Deutschland, sondern weltweit „absolut inakzeptabel“ sind und dass ein Wissen darum, zumal in kulturellen Kreisen, allgemein vorausgesetzt werden darf.

In diesem Zusammenhang soll auch noch einmal explizit darauf verwiesen werden, dass im Bundestagsbeschluss zur BDS-Bewegung (Bundestagsdrucksache 19/10191) vom Mai 2019 ausdrücklich davon die Rede ist, dass „die Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Bewegung“ als „antisemitisch“ zu qualifizieren seien (S. 2), was Vertreter deutscher Kultureinrichtungen der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ auf den Plan rief, die „vor einer zunehmenden Einschränkung der öffentlichen Denk- und Freiräume durch eine missbräuchliche Verwendung des Antisemitismusbegriffes“<sup>6</sup> meinten warnen zu müssen.

Zu Recht verwies der israelische Soziologe Natan Sznaider darauf, dass Künstlerkollektive wie Ruangrupa „die deutsche Situation, Geschichte und Verantwortung“ nicht kennen, auch nicht kennen wollten. Als kulturelle Akteure des „Globalen Südens“ stünden sie „in der postkolonialistischen Tradition“, also dem „Suchen nach dem Wirken und Nachwirken kolonialer Herrschaft“. Der arabisch-palästinensische Kampf gegen Israel sei hier eingeschlossen. Israel wird in diesem Kontext als ungerechter kolonialistischer Staat dargestellt, der mit Blick auf die Palästinenser Apartheitspolitik betreibe.<sup>7</sup>

Vor diesem Hintergrund ist wohl auch die Teilnahme des palästinensischen Künstlerkollektives The Question of Funding an der documenta zu sehen, dem „Nähe zu der zum Boykott gegen Israel aufrufenden BDS-Bewegung vorgeworfen“ wird.<sup>8</sup> In diesen Kontext gehört weiter, dass das Kollektiv „Subversive Film“ für die documenta „Film-Fragmente“ restaurierte und affirmativ präsentierte, die die „undokumentierte antiimperialistische Solidarität zwischen Japan und Palästina“ widerspiegeln. Die Fragmente stammen von einem ehemaligen Mitglied der japanischen Roten Armee Fraktion, die

<sup>3</sup> Keine israelischen Künstler: Erneut Kritik des Zentralrats der Juden an documenta | deutschlandfunkkultur.de; letzter Zugriff: 29. Juni 2022.

<sup>4</sup> <https://documenta-fifteen.de/news/weitere-massnahmen-durch-die-geschaeftsfuehrung-der-documenta-ggmbh-initiiert/>; letzter Zugriff: 27. Juni 2022.

<sup>5</sup> <https://www.welt.de/kultur/kunst/plus239536533/Documenta-Antisemitismus-Es-war-doch-nur-ein-Miss-verstaendnis-sagt-Schormann.html>; letzter Zugriff: 27. Juni 2022.

<sup>6</sup> <https://www.deutschlandfunkkultur.de/initiative-gg-5-3-weltoffenheit-kultureinrichtungen-100.html>; letzter Zugriff: 29. Juni 2022.

<sup>7</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000132933416/documenta-kassel-konflikte-nicht-einfach-wegdenken>; letzter Zugriff: 28.06.2022.

<sup>8</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000132933416/documenta-kassel-konflikte-nicht-einfach-wegdenken>; letzter Zugriff: 27.06.2022.

die Selbstmordattentate erfunden hat und 1972 einen fürchterlichen Anschlag auf dem Flughafen Lod bei Tel Aviv verübt hat.<sup>9</sup>

Es wäre Aufgabe der Verantwortlichen gewesen, diesen Missbrauch der documenta zum Zwecke der antiisraelischen Agitation zu unterbinden. Dazu wäre, auch mit Blick auf frühzeitige Warnungen des BGA, ausreichend Zeit gewesen.

Offenbar bestand aber an einer Auseinandersetzung über das Thema Antisemitismus kein wirkliches Interesse. Sie ist mit Verweis auf „künstlerische Freiheit“ und die Ablehnung von Zensurmaßnahmen verschleppt worden, was auch die Absage des geplanten Gesprächsforum „We need to talk“ im Vorfeld der Eröffnung der documenta unterstreicht, auf dem die im Raum stehenden Vorwürfe diskutiert werden sollten. Der Zentralrat der Juden sollte in die Vorbereitung der Gespräche bezeichnenderweise nicht eingebunden werden; im Ergebnis wurde diese Gesprächsreihe dann ganz abgesagt.

Auf all diese Alarmsignale nicht reagiert zu haben, wirft nicht nur ein bezeichnendes Licht auf das Verantwortungsbewusstsein der documenta-Leitung, sondern auch auf das der Kulturstatsministerin und der hessischen Kulturministerin. Der nun vorgelegte 5-Punkte-Plan der Kulturstatsministerin, in dem unter anderem „lückenlose Aufklärung“, die Klärung der „Verantwortlichkeiten“ und eine „Strukturreform“ der documenta gefordert wird, ist in seinem Zuspätkommen unglaublich und bleibt zudem auf halber Strecke stehen.<sup>10</sup>

Die Auseinandersetzung um die documenta verweist auf eine grundsätzliche Fehlentwicklung in der Kulturpolitik: Kultur wird zunehmend zum Instrument für politischen Aktivismus, dem die Bundesregierung wie auch etliche Landesregierungen mit öffentlichen Fördermitteln den Boden bereiten. Ästhetische Kategorien treten zugunsten einer erwünschten politischen „Haltung“ immer mehr in den Hintergrund. Medienberichte stellten fest, dass die documenta diesmal mehr einem „Aktivistencamp“, als „einer traditionellen Kunstausstellung“<sup>11</sup> gleiche.

Die Wurzel der antisemitischen Entgleisungen auf der documenta liegt in der postkolonialistischen Ideologie, der das Kuratorenkollektiv Ruangrupa und die übrigen Verantwortlichen des Skandals anhängen. Ihre Verortung im postkolonialistischen Aktivismus und die damit einhergehenden Ressentiments gegen „Weiße“, worunter auch der Staat Israel aufgrund seiner behaupteten Kolonial- und Apartheitspolitik gegenüber den Palästinensern fällt, machen eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der postkolonialistischen Theoriebildung erforderlich. Postkolonialistische Theorien haben den Anspruch, eine neue Sichtweise auf die Kolonialzeit zu eröffnen, die darauf hinausläuft, in äußerst einseitiger Weise die angebliche weiße Dominanz in Geschichte und Gegenwart, die sich in vielen „Unterdrückungszusammenhängen“ zeige, zu geißeln und namentlich auch alle gegenwärtigen Missstände in den ehemaligen Kolonialländern so gut wie ausschließlich auf den Einfluss der ehemaligen Kolonialmächte zurückzuführen.

Öffentlichkeitswirksam zeigt sich dies beispielsweise im erinnerungspolitischen Kampf gegen Denkmäler, die Exponenten der Kolonialzeit zeigen, bei Straßenumbenennungen oder in der Frage nach der Restitution von Kulturgut aus kolonialem Kontext. Stets wird das Narrativ der Kolonialzeit als reiner Verbrechen Geschichte zugrunde gelegt. Begründet wird dieser Kampf unter anderem als Fanal gegen vergangenen wie angeblich auch heute noch allgegenwärtigen Rassismus. In analoger Weise

<sup>9</sup> Vgl. <https://documenta-fifteen.de/en/lumbung-members-artists/subversive-film/>; <https://www.ruhrbarone.de/documenta-antiimperialistische-solidaritaet-zwischen-japan-und-palaestina/210011/>; letzter Zugriff: 28.06.2022.

<sup>10</sup> [https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/roth-menschenwuerde-unverrueckbar--2055528#:~:text=5%2DPunkte%2DPlan%20f%C3%BCr%20documenta,Ausstellung%20antisemitischer%20Kunst%20kommen%20konnte](https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/roth-menschenwuerde-unverrueckbar--2055528#:~:text=5%2DPunkte%2DPlan%20f%C3%BCr%20documenta,Ausstellung%20antisemitischer%20Kunst%20kommen%20konnte;); letzter Zugriff: 28. Juni 2022.

<sup>11</sup> <https://www.tagesschau.de/kultur/documenta-fifteen-101.html>; letzter Zugriff: 27.06.2022.

wird auch dem Staat Israel Rassismus gegenüber den Palästinensern unterstellt; er wird in schablonenhafter Weise als imperialistisches Feindbild aufgebaut, teilweise wird ihm das Existenzrecht abgesprochen.

Die Vorgänge auf der Kasseler documenta zeigen mit aller Dringlichkeit, wie notwendig es ist, eine „grundsätzliche Hinterfragung“ postkolonialistischer Theoriebildung, die laut Dhawan/Castro Varela im Übrigen kaum mehr stattfindet, auch in Form eines mit Bundesmitteln geförderten Forschungsstipendiums rasch in Angriff zu nehmen.<sup>12</sup> Dieses Stipendium soll einen Kontrapunkt zum häufig affirmativen Umgang mit der postkolonialistischen Theorie setzen.

Darüber hinaus stellt der Kasseler Antisemitismuskandal die gesamte Kultur- und Erinnerungspolitik der Bundesregierung infrage, sofern sie postkolonialistisch grundiert ist. Wer den inhärent antisemitischen Postkolonialismus nach Kräften fördert und in Teilen zur Leitideologie der eigenen Kulturpolitik erhebt, dessen Erinnerungspolitik in Bezug auf NS-Zeit und Holocaust verliert alle Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit. Der krude Antisemitismus der postkolonialistischen Aktivisten in Kassel muss auch eine Diskussion über andere Ausflüsse postkolonialistischer Kulturpolitik in Gang setzen wie die äußerst einseitige, historisch fragwürdige Beurteilung der deutschen Kolonialzeit oder, daraus folgend, die rigiden Forderungen nach Restitution von Kulturgut aus kolonialem Kontext, die mit einer übersteigerten Schuld- und Bußrhetorik einhergehen.

Soll es eine nachhaltige Konsequenz aus dem Antisemitismuskandal geben, so darf der Postkolonialismus nicht länger zum Maßstab unserer Kultur- und Erinnerungspolitik gemacht werden. Nicht nur ist die Förderung fragwürdiger postkolonialistischer Projekte und Vorhaben mit Bundesmitteln umgehend einzustellen, eine Abkehr der Regierungspolitik von dieser Ideologie ist dringend angezeigt.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- zusammen mit den Trägern der documenta, dem Land Hessen und der Stadt Kassel darauf hinzuwirken, dass die Generaldirektorin der documenta ihren Rücktritt erklärt. Obwohl seit Jahresbeginn im Zusammenhang mit dem Kuratorenkollektiv der documenta immer wieder auf antijüdische und israelfeindliche Haltungen hingewiesen wurde, hat die Generaldirektorin bei den Kuratoren nicht interveniert und erst reagiert, als der antisemitische Eklat offenkundig war. Diese Nonchalance im Umgang mit begründeter Kritik, deren Ignorierung das Ansehen der documenta und Deutschland international Schaden zugefügt hat, muss personelle Konsequenzen in Form eines Rücktritts nach sich ziehen;
- sich für eine tiefgreifende Strukturreform der documenta einzusetzen. Hierbei ist sicherzustellen, dass die Aufsichtsgremien so professionell arbeiten, dass derartige Entgleisungen wie sie mit Blick auf die documenta 15 zu konstatieren sind, in Zukunft nicht mehr auftreten können. Das heißt auch, dass eine Neujustierung der Kriterien für die Auswahl der künstlerischen Leitung notwendig ist. Ein „Missverständnis“ zwischen der documenta-Leitung und Kuratoren darüber, was unter Antisemitismus zu verstehen ist, darf es künftig nicht mehr geben;
- die Weiterbeschäftigung von Claudia Roth als Kulturstaatsministerin von der überzeugenden Bewerksstellung dieser Reform abhängig zu machen und sie bei weiterer Förderung postkolonialer Antisemiten aus dem Amt zu entlassen,
- in der von ihr verfolgten Kultur- und Erinnerungspolitik von postkolonialistisch motivierten Ideologiegehalten Abstand zu nehmen und zu einer differenzierten Bewertung und Darstellung der deutschen Kolonialzeit zurückzukehren. Daraus

<sup>12</sup> María do Mar Castro Varela/Nikita Dhawan (2020, 3. Auflage): Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung, Bielefeld, S. 15.

folgend ist auch in der Politik der Restitution von Kulturgut aus kolonialem Kontext eine Wende einzuleiten. Explizit genannt seien hier die Museen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und insbesondere das Humboldt-Forum, die gegenwärtig unter dem Einfluss von postkolonialistischen Stereotypen stehen;

- ab sofort keine Bundesmittel für Forschungsvorhaben oder Projekte im kulturellen oder im Bildungsbereich mehr bereitzustellen, die in affirmativer Art und Weise postkolonialistische Ideologiegehalte zu vermitteln suchen und so einer weiteren kapillaren Verbreitung antisemitischen Gedankenguts im deutschen Kulturleben vorzubeugen;
- die Voraussetzungen für die Einrichtung eines Stipendiums zur kritischen Aufarbeitung postkolonialistischer Theorien zu schaffen. Dieses Stipendium soll Studenten und Promovenden in kultur- und sozialwissenschaftlichen Fächern fördern, die als Schwerpunkt ihrer Ausbildung und Forschung Ansätze verfolgen, die sich kritisch mit postkolonialistischen Theorien beschäftigen, bei denen es vorrangig um die „richtige Haltung“ und das Voranbringen eines ideologischen Programms und nicht um ergebnisoffene Forschung geht. Die Stipendien sind vollständig und ausschließlich aus Mitteln des Bundes zu finanzieren.

Berlin, den 5. Juli 2022

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**





